

Scheitert der Kanzler, droht das Ende der Republik, wie wir sie kennen



Von **Robin Alexander**
Stv. Chefredakteur

Stand: 25.11.2025 | Lesedauer: 8 Minuten



Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU)

Quelle: picture alliance/photothek.de/Florian Gaertner

Der Kanzler muss in den nächsten Wochen einen Konflikt lösen, den er nie kommen sah: Im Rentenstreit droht er in der eigenen Fraktion zu scheitern – durch Abgeordnete, die einmal seine größten Fans waren. Schafft Merz das nicht, kann es nicht nur ihn, sondern die gesamte politische Mitte hinwegreißen.

Rein technisch gesehen kann Friedrich Merz (CDU) nicht mehr als der am kürzesten amtierende Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eingehen. Denn das war – hätten Sie es gewusst? – [Walter Scheel](https://www.welt.de/debatte/kommentare/article157849091/Walter-Scheel-ist-tot-Ein-Mann-so-gross-wie-Willy-Brandt-und-Helmut-Kohl.html) (<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article157849091/Walter-Scheel-ist-tot-Ein-Mann-so-gross-wie-Willy-Brandt-und-Helmut-Kohl.html>). Der leutselige Liberale, der später als Bundespräsident „hoch auf dem gelben Wagen“ bekannt wurde, amtierte geschäftsführend, nachdem Willy Brandt am 6. Mai 1974 zurückgetreten war, bis Helmut Schmidt (beide SPD) am 16. Mai des gleichen Jahres als neuer Regierungschef [vereidigt wurde](https://www.welt.de/geschichte/article251355426/Von-Brandt-zu-Schmidt-1974-Wie-viel-sich-durch-einen-Kanzlerwechsel-aendert-und-wie-viel-nicht.html) (<https://www.welt.de/geschichte/article251355426/Von-Brandt-zu-Schmidt-1974-Wie-viel-sich-durch-einen-Kanzlerwechsel-aendert-und-wie-viel-nicht.html>).

Merz hingegen ist am 22. November 2025 exakt 200 Tage im Amt. Scheel hat er also abgehängt, aber bis zu den anderen kurzen Kanzlerschaften, etwa der von Kurt Georg Kiesinger (zwei Jahre und zehn Monate), ist es noch lang. Und zu einem gewissen Olaf Scholz (drei Jahre und elf Monate) noch etwas länger. Sind solche Gedankenspiele infam? Vielleicht.

Doch bis Weihnachten muss Merz die bisher schwerste Krise der schwarz-roten Koalition lösen. Wenn das misslingt, kann es nicht nur den Kanzler, sondern die ganze politische Mitte hinwegreißen – und die Bundesrepublik, wie wir sie kennen.

Es geht um die Rente, seltsam genug. Politische Beobachter hatten vorhergesagt, Union und SPD würden sich über Migration streiten, vielleicht über Steuern oder über die Reform der Kranken- oder Pflegeversicherung. Die Altersversorgung hatte kaum jemand auf dem Schirm. Schließlich wurden die enormen Probleme der Rentenversicherung in den Koalitionsverhandlungen geschickt in die kommende Legislaturperiode verlegt. Bis 2031 soll eine „Haltelinie“ das Rentenniveau garantieren. Dies bedeutet, dass der „Nachhaltigkeitsfaktor“, der die schwindende Zahl von Arbeitnehmern im Verhältnis zur wachsenden Zahl der Rentner in die Berechnung der Bezüge einbezieht, einfach ignoriert wird.

Das war ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratie und der Kern der schwarz-roten Rentenpolitik. CDU und CSU begnügten sich mit mehr oder weniger sinnvollen („Aktivrente“) oder teuren („Mütterrente“) Nebensächlichkeiten. Eine Kommission für Reformen sollte auch noch eingesetzt werden. Aber niemand glaubte daran, dass deren Ergebnisse noch vor der nächsten Bundestagswahl ins Gesetzbuch kämen.

Weit gefehlt. Jetzt muss ein Gesetzentwurf von Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) noch bis Jahresende das Parlament passieren. Wenn das nicht geschieht, geschieht gar nichts mehr, warnen führende Politiker von beiden Koalitionsparteien: „Stillstand der Rechtspflege“, meint einer ironisch.

Was nicht zum Lachen ist: Die Migrationspolitik von Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) (<https://www.welt.de/politik/deutschland/article68e78b1fd3ab2139f9f114f8/dobrindt-sieht-deutschland-als-vorbild-bei-migrationswende-linke-verurteilt-haftregeln-fuer-kinder.html>) käme ebenso zum Erliegen wie die Wirtschaftspolitik von Katherina Reiche (CDU) (<https://www.welt.de/wirtschaft/article6900a08159e2e0975070e035/aussenwirtschaftstag-reiche-warnt-vor-wirtschaftlichem-abstieg-deutschlands.html>) – auch die bereits vom Koalitionsausschuss beschlossenen Entlastungen würden nicht mehr umgesetzt. Ein Lockdown der Reformpolitik im dritten Jahr der Rezession – mit nicht weniger droht die SPD, wenn die Rentenpläne nicht umgesetzt werden.

Das Argument der Genossen: Alles war genauso mit der Union vereinbart. Darauf habe man besonderen Wert gelegt, weil schon der vorige Kanzler – zumindest aus SPD-Perspektive – mindestens zum Teil an der Rente scheiterte. Denn Olaf Scholz hatte mit der FDP die „Haltelinie“ nicht nur schon im Koalitionsvertrag der Ampel, sondern im Sommer 2024 noch einmal mit Finanzminister Christian Lindner per Handschlag vereinbart. Doch schon Lindner bekam das entsprechende Gesetz nicht durch die eigene Fraktion. Der parlamentarische Geschäftsführer der Liberalen, Johannes Vogel, weigerte sich, es auf die Tagesordnung zu nehmen. Die Ampel zerbrach, ohne die Verlängerung der Haltelinie beschlossen zu haben.

Damit sich das nicht wiederholt, riefen die Sozialdemokraten in den Koalitionsverhandlungen mit der Union im Frühjahr 2025 den aus ihrer Sicht höchsten Preis für die Haltelinie auf: Sie verzichteten auf Steuererhöhungen. Am 7. April verhandelten der CSU-Politiker Alexander Dobrindt und der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil unter vier Augen. Vorher waren die Gespräche fast gescheitert. CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann hatte bereits die Einberufung der Parteigremien vorgeschlagen, um den Abbruch beschließen zu lassen.

Doch Dobrindt und Klingbeil durchschlugen den bis dahin unentwirrbaren Knoten: Die SPD verzichtete auf Steuererhöhungen und gestand die Zurückweisungen von Asylbewerbern an der deutschen Grenze zu. Die Union musste dafür die Haltelinie versprechen. So erinnern sich Beteiligte aus den Koalitionsverhandlungen aus allen drei Parteien übereinstimmend.

Anders als in den vorangegangenen Sondierungsverhandlungen, in denen Vorschläge der SPD zu „Sondervermögen“ und Ausnahmen von der Schuldenbremse weitgehend von der Union akzeptiert worden waren, spiegelten sich in den späteren Koalitionsverhandlungen die realen Kräfteverhältnisse innerhalb von Schwarz-Rot: nämlich fast doppelt so starke Unionsparteien. Die SPD gab in zwei zentralen Politikfeldern – Migration und Steuern – nach und konnte sich dafür in der Rentenpolitik durchsetzen. Allerdings nur bedingt. Die Haltelinie konnte nicht bis 2039 festgeschrieben werden, sondern nur bis 2031.

Dieser Punkt ist entscheidend. Denn bis 2031 würden diejenigen in der Unionsfraktion, welche der Rentenpolitik der Bundesregierung nicht zustimmen wollen und damit die Kanzlerschaft von Merz in Gefahr bringen, sogar noch mitgehen. Aber nicht weiter. Sie erzürnt ein Satz, der nicht im Koalitionsvertrag steht, jedoch in dem vom Kabinett am 5. August beschlossenen Gesetzesentwurf: „Auch nach 2031 liegt das Rentenniveau um rund einen Prozentpunkt höher als im geltenden Recht.“

Nach der Lesart der Kritiker geht die sozialdemokratische Arbeitsministerin Bärbel Bas damit noch über die in den Koalitionsverhandlungen vereinbarte Haltelinie bis 2031 hinaus. Sie präjudiziert außerdem die Rentenkommission, die Reformen für die Zeit danach vorschlagen soll.

Ursprünglich fiel das zunächst nicht einmal den nun zu großer medialer Aufmerksamkeit gelangten Abgeordneten der Jungen Gruppe auf – also den Abgeordneten von CDU und CSU, die beim Eintritt in den Bundestag nicht älter als 35 Jahre waren –, sondern Fachreferenten aus der Fraktion. Sie fanden, die SPD-Arbeitsministerin gehe hier zu weit.

Die jungen Parlamentarier trugen diese Kritik in der zuständigen Arbeitsgemeinschaft vor, in der Fraktion und auch im CDU-Bundesvorstand. Sie ernteten stets Zustimmung: „Dass jüngere Kollegen aus der Bundestagsfraktion auf ein paar Folgen hinweisen, die möglicherweise eintreten könnten, wenn wir dieses Gesetz beschließen, wie wir es im Kabinett beschlossen haben, ist nicht nur das gute Recht der Jungen Gruppe, sondern das ist ihre Pflicht“, sagte selbst der Kanzler. Die Rentenkritiker fühlten sich ermuntert, nicht nur von Merz, sondern auch von Kanzleramtschef Thorsten Frei und anderen führenden CDU-Politikern.

Umso entsetzter waren sie, als Merz sich vor zwei Wochen nicht ihrer, sondern der Interpretation seiner SPD-Arbeitsministerin anschloss: Bas' Gesetzentwurf entspreche den Vereinbarungen in der Koalition. Deshalb müsse er beschlossen werden. Diese Position wurde von den jungen Abgeordneten als scharfe Kehrtwende wahrgenommen. Zu scharf, um sie mitzumachen – zumal der „Deutschlandtag“ anstand, das Jahrestreffen der Jungen Union. Merz erschien dort, erklärte seine Rentenpolitik und erntete eisiges Schweigen. Nun stehen 18 junge Abgeordnete gegen ihn. Und ungefähr die gleiche Zahl Älterer, die sich deren Meinung angeschlossen haben. Die Mehrheit der Koalition beträgt aber nur zwölf Stimmen.

Was tun?

Schwer vorstellbar, dass SPD-Chef Klingbeil einlenkt

Versuche, die Rebellen wieder einzubinden, scheiterten bisher. Einen zunächst in Aussicht gestellten Entschließungsantrag parallel zum Gesetzentwurf lehnt die Junge Gruppe ab. Auch das Angebot, deren Vorsitzenden Pascal Reddig oder den Vorsitzenden der Jungen Union, Johannes Winkel, in die Rentenreformkommission zu berufen, löste Abwehrreaktionen aus: Man habe doch beschlossen, die Kommission gerade nicht mit Politikern oder Vertretern der Sozialverbände zu besetzen. Nun ist die neueste Idee, im schon in der kommenden Woche tagenden Koalitionsausschuss eindeutige Prüfaufträge für die Rentenkommission zu beschließen.

Auch die Hoffnung, die SPD sei noch zu Zugeständnissen in der Sache bereit, ist nicht vollständig verfliegen. An diesem Wochenende treffen sich der Kanzler und sein sozialdemokratischer Vize zum ersten Mal seit Mitte vorvergangener Woche persönlich – mehr als 12.000 Kilometer entfernt von Berlin im südafrikanischen Johannesburg beim G-20-Gipfel.

Doch Klingbeil hat sich am vergangenen Wochenende auf dem Landesparteitag der Baden-Württemberger SPD öffentlich auf den Wortlaut des Gesetzentwurfs von Bas festgelegt. Schwer vorstellbar, dass er sich bewegt. So entscheidet sich die bisher schwerste Krise der Kanzlerschaft von Merz an der eigenen Fraktion.

Den jungen Abgeordneten wird in Gesprächen vorgehalten, die Union habe sich niemals gesinnungsethisch wie die Grünen verhalten, sondern verantwortungsethisch: Man sprengt keine Regierung der Mitte wegen einer Rentenpolitik, die – wenn überhaupt – erst in der Zukunft greife.

Manche erinnern an das Scheitern der letzten Regierung der demokratischen Mitte in der Weimarer Republik: 1930 konnten sich Bürgerliche und Sozialdemokraten nicht darauf einigen, ob die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um einen halben Prozentpunkt erhöht werden sollten. Anschließend wurde die Republik von Präsidialkabinetten regiert, die sich nicht mehr auf feste parlamentarische Mehrheiten stützen konnten. In der Gegenwart wird ebendies der Union aus einem kleinen, aber lauten Teil der Wirtschaftsverbände und der veröffentlichten Meinung angetragen: die Idee der Minderheitsregierung.

Doch auch die Rentenkritiker argumentieren am historischen Beispiel. Sie gehen dafür allerdings nur in die jüngste Geschichte zurück, nämlich die von Schwarz-Rot. Nach der Bundestagswahl habe Merz Sozialreformen in Aussicht gestellt, um die eigenen Leute dazu zu bewegen, einem riesigen „Sondervermögen“ für Infrastruktur und Klimaschutz und einer Ausnahme von der Schuldenbremse für Aufrüstung zuzustimmen.

Auf diese Reformen warte man noch heute. Ein zweites Mal wolle man nicht dem vagen Versprechen von Rentenreformen glauben – und dafür vorab ein höheres Rentenniveau garantieren.

Robin Alexander (<https://www.welt.de/autor/robin-alexander/>) ***ist stellvertretender Chefredakteur.***